

(20 Mio. €) blieben die Ausgaben hinter den Erwartungen zurück.

Zudem hat die Kommission über 720 Mio. € aus Superabgaben und Rückforderungen eingenommen, die aller Voraussicht nach nicht benötigt werden, um Haushaltsfehlbeträge zu decken.

Lediglich bei Zucker, Milch und Wein liefen die Ausgaben aus dem Ruder.

Besonders beim Zucker wurden 130 Mio € mehr Exporterstattungen gezahlt als geplant. Die Ausgaben bei Milch wurden nur deshalb überschritten, weil die Superabgabe nicht mehr direkt dem Milchsektor „gutgeschrieben“ wird, sondern dem gesamten Haushalt. Sonst stünde auch hier eine „Ersparnis“ von ca. 48 Mio. € zu Buche.

EU-Zahlungsansprüche: Weitere Erfolge für Pächter

◆ Ende letzten Jahres hatte der Bundesgerichtshof entschieden, dass ein Pächter bei Rückgabe einer Pachtfläche grundsätzlich frei über die im Mai 2005 zugeteilten Zahlungsansprüche verfügen kann (siehe top agrar 2/2007, S. 25). Offen blieb allerdings, ob ein Verpächter wegen der Agrarreform möglicherweise einen Anspruch darauf hat, dass der Pachtvertrag so angepasst wird, dass ihm bei Pachtende die Zahlungsansprüche letztlich doch zustehen. In einem Beschluss vom 27. April 2007 hat der BGH jetzt klargestellt, dass ein derartiger Anspruch grundsätzlich nicht besteht. Das berichtet Rechtsanwältin Christiane Graß aus Bonn.

Die Richter räumten zwar ein, dass die Pachtfläche ohne Zahlungsansprüche möglicherweise an Wert verliert. In erster Linie sei der Wert der Fläche jedoch vom Markt und nicht vom Vorhandensein von Zahlungsansprüchen geprägt. Die mit dem Systemwechsel der Agrarförderung verbundenen Nachteile seien auf jeden Fall nicht so gravierend, dass sie eine entsprechende Vertragsanpassung von Altverträgen nach § 593 BGB rechtfertigen würden (Az.: BLw 25/06).

In einem anderen Streitfall ging es um eine Vereinbarung, in der ein Verpächter seinen Pächter im Jahr 2003 verpflichtet hatte, auch bei An-


derung des bestehenden Prämierechts die entsprechende Betriebsprämie nach Pachtabschluss auf den Verpächter oder den Nachfolgebewirtschafter zu übertragen. Nach Beendigung der Pachtzeit im Jahr 2006 verlangte der Verpächter dann die Herausgabe der zugeteilten Zahlungsansprüche. Der Pächter weigerte sich jedoch und bekam Recht beim Oberlandesgericht Celle (Az.: 7 U 204/06).

Die Richter erklärten, durch die EU-Agrarreform sei ein grundlegender Systemwechsel erfolgt – weg von flächenbezogenen Ansprüchen hin zu personenbezogenen Rechten. Die inzwischen entkoppelten Zahlungsansprüche würden deshalb von der vorab getroffenen Vereinbarung nicht erfasst. Insbesondere sei nicht berücksichtigt worden, dass die Zahlungsansprüche neben der Flächenprämie noch einen betriebsindividuellen Anteil enthalten. Dies wäre jedoch zwingend notwendig gewesen, um die neuen Zahlungsansprüche sachgerecht übertragen zu können. Dieser Mangel lasse sich im Nachhinein nicht mehr beheben, auch nicht durch eine ergänzende Vertragsauslegung.

Abzuwarten bleibt, ob andere Gerichte sich der Argumentation des OLG Celle anschließen oder in vergleichbaren Fällen vielleicht doch zugunsten des Verpächters entscheiden.



WINTERRAPS




MIKA

Hybridsorte

Ihre nächste Ölquelle!

- zuverlässige Ertragsleistungen auf hohem Niveau
- mittelfrühe und gleichmäßige Reife



www.raps.net

Winterraps-Anbauplaner
jetzt kostenlos bestellen:
www.raps.net

© 2007 KWS Saat AG